

## IN TAIWAN HEISST DER PRÄSIDENT WIEDER CHIANG

Yu-Hsi Nieh

Wie allgemein erwartet, hat die Nationalversammlung in Taiwan am 21. März Chiang Ching-kuo zum Staatspräsidenten und am 22. März Hsieh Tung-min zum stellvertretenden Staatspräsidenten der Republik China gewählt. Nach der Verfassung der Republik China von 1947 sollen Präsident und Vizepräsident alle sechs Jahre neu gewählt werden. Die Wahlen fanden erstmals im April 1948 in Nanking statt, als die nationalchinesische Regierung noch auf dem chinesischen Festland ihren Sitz hatte. Die Wahl Chiang Ching-kuos und Hsieh Tung-mins war das Ergebnis der sechsten Wahlen zu diesen Ämtern. Bis jetzt ist Chiang Ching-kuo noch Ministerpräsident der nationalchinesischen Regierung und Hsieh Tung-min Gouverneur der Provinzregierung von Taiwan. Beide werden nach dem Gesetz am 20. Mai ds. Jahres ihre neuen Ämter antreten.

Der einzige Präsident, den es vor Chiang Ching-kuo gab, war sein Vater Chiang Kai-shek, der von der Nationalversammlung direkt - und zwar fünfmal - zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Nur in der Zeit vom 21.1.1949 bis zum 1.3.1950, als Chiang Kai-shek zugunsten der Friedensverhandlungen mit den Kommunisten im Bürgerkrieg vom Präsidentenamt zurückgetreten war, fungierte Li Tsung-jen als amtierender Staatspräsident. Seit dem Tode Chiang Kai-sheks am 5.4.1975 verwaltete Yen Chia-kan bisher das Amt. Sowohl Li als auch Yen waren ursprünglich nur als stellvertretende Präsidenten gewählt worden.

An die Wahl Chiang Ching-kuos hat die Presse in Taiwan wieder viele Hoffnungen geknüpft. Man prophezeite den Beginn einer neuen Epoche (1). Doch ist der gewählte Präsident schon seit langem der starke Mann Taiwans. Er war u.a. Direktor des Provinzialbüros der Kuomintang (KMT) in Taiwan (1949-1950), Generaldirektor der Politabteilung des Verteidigungsministeriums (1950-1954), stellvertretender Generalsekretär des Nationalen Verteidigungsrats (1954-1967), Vorsitzender der Kommission für die Beschäftigung von Veteranen (1957-1964), stellvertretender Minister für die Verteidigung (1964-1965), Verteidigungsminister (1965-1969), stellvertretender Ministerpräsident (1969-1972) und - seit 1972 - Ministerpräsident. Nach dem Tode seines Vaters wurde Chiang von der KMT zum Parteivorsitzenden gewählt. Außerdem hat er lange Zeit den Staatlichen Geheimdienst und die Jugendorganisation Taiwans geleitet, die

heute noch direkt unter seinem persönlichen Einfluß stehen. Schon in den Jahren 1972-1975 war Chang Kai-shek infolge einer schweren Erkrankung nicht mehr in der Lage, in der Öffentlichkeit zu erscheinen, und die politischen Entscheidungen wurden seinem Sohn überlassen. Seit dem Tode seines Vaters ist Chiang Ching-kuo noch deutlicher als Machthaber der Insel Taiwan in Erscheinung getreten. Seine jetzige Wahl ist daher nur eine Bestätigung dieser Position. Falls also in Taiwan von einer Ära Chiang Ching-kuo die Rede sein kann, so hat sie nicht erst heute, sondern schon 1972 oder mindestens 1975 begonnen. Eine erneute Wendung in der Politik Taiwans ist nicht zu erwarten.

Als Chiang Ching-kuo im Mai 1972 die Zügel der Regierung in die Hand nahm, befand sich Taiwan gerade in einer außenpolitischen Krise. Kurz vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident war die nationalchinesische Regierung aus der UNO ausgeschlossen worden. Im Februar 1972 hatte Nixon überraschend die Volksrepublik China besucht und mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai das Shanghaier Kommuniqué unterzeichnet, in dem sich Washington verpflichtet, seine militärische Repräsentanz in Taiwan allmählich abzubauen und die Beziehungen mit Peking zu normalisieren. Diesem damals als Sensation empfundenen Schritt folgte eine Kette des Abbruchs diplomatischer Beziehungen zur nationalchinesischen Regierung durch andere Staaten. Man vermutete anfangs, daß sich Chiang Ching-kuo, der von 1925 bis 1927 rund zwölf Jahre lang in der Sowjetunion gelebt und sich mit einer Russin verheiratet hatte, im Notfall Moskau zuwenden würde (2). Gerüchte über geheime Kontakte zwischen Taiwan und den Russen tauchten wiederholt auf (3). Doch ließ Chiang Ching-kuo in der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran, daß er nicht vom außenpolitischen Kurs seines Vaters abweichen werde. Angesichts der Distanzierungspolitik der USA suchte seine Regierung ihr Heil in der Flucht nach vorn. So wurden amerikanische Parlamentarier, Gouverneure und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens noch häufiger als zuvor nach Taiwan eingeladen, während sich die Minister und andere hohe Beamte in Washington vor einem Besuch auf der Insel scheuten. Kulturgruppen aus Taiwan machten eine Tournee durch die USA nach der anderen. In den großen amerikanischen Zeitungen wie "New York Times" u.a. inserieren die taiwanesischen Behörden häufig in großem Umfang zu

Werbungszwecken. Vor allem hat Taiwan sein Streben nach Krediten und Investitionen aus den USA noch intensiviert. Mit all diesen Maßnahmen zielt Taiwan auf die Stärkung seiner Lobby in den USA ab, um Washingtons Drang nach einer Annäherung an Peking und seinem gleichzeitigen Verlangen nach Abwicklung der politischen Beziehungen zu Taiwan zu bremsen.

Andererseits hat aber Taiwans Abhängigkeit von den USA ständig zugenommen. Die taiwanische Wirtschaft ist zu rund 50% vom Export und dieser wiederum zu fast 40% vom US-Markt abhängig. Im vergangenen Jahr hatte Taiwan im bilateralen Warenaustausch mit den USA einen Aktivsaldo von 1.658,5 Mio. US\$ (nach den Statistiken des amerikanischen Außenhandelsministeriums sogar 1.888,1 Mio. US\$) zu verzeichnen, während sich der gesamte Exportüberschuß zur gleichen Zeit auf nur 834,1 Mio. US\$ belief (4). Auch wenn die USA schließlich doch einmal auf Kosten Taiwans diplomatische Beziehungen zu Peking aufnehmen, wird die nationalchinesische Regierung ganz sicher nicht auf das enge Wirtschaftsverhältnis mit den USA verzichten wollen. Taiwans Ohnmacht hat sich bereits seinerzeit seinem größten Lieferanten Japan gezeigt: Als Tokio 1972 die Volksrepublik China anerkannte und die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrach, forderte man in der Öffentlichkeit Taiwans einen Boykott gegen japanische Güter. Die Regierung hat dann auch mehrmals Maßnahmen ergriffen, den Import aus Japan einzuschränken. Doch nach wie vor ist Japan der größte Lieferant Taiwans. Im letzten Jahr betrug der japanische Anteil am taiwanischen Import 30,9% und hatte einen Aktivsaldo von 1.511,2 Mio. US\$ (5). Der Import von Industrieanlagen und -rohstoffen aus Japan und der Export von Textilien, Schuhen, Rundfunk- und Fernsehgeräten u.a. nach den USA sind für die taiwanische Wirtschaft sozusagen die Hauptschlagader und die Hauptvene, und eine gesunde Wirtschaft ist für Taiwan in der immer bedrohlicher werdenden diplomatischen Isolation lebensnotwendig. Die Russen können Taiwan mit seinenvöllig verwestlichten modernen Konsumgewohnheiten und Konsumgüterindustrien weder viel anbieten noch viel abnehmen. Überdies empfindet die KMT-Regierung gegenüber der Sowjetunion noch mehr historische Ressentiments als die KP Chinas und auch die ideologischen Gegensätze sind noch größer. Nicht immer ist die alte Weisheit allgemein gültig, daß der Feind meines Feindes mein Freund sei. Für die Sowjetunion wäre eine Annäherung an Taiwan auch keineswegs so problemlos, weil der Kreml dann mit einem totalen Abbruch der Beziehungen zu Peking rechnen müßte. Wenn an den Gerüchten über Geheimkontakte zwischen Taiwan und Moskau überhaupt etwas dran ist, so hätten diese in erster Linie taktische Bedeutung. Taiwans Außenpolitik unter dem künftigen Präsidenten Chiang Ching-kuo wird sicherlich die gleiche bleiben wie unter dem Ministerpräsidenten Chiang Ching-kuo; eine große Umorientierung ist nicht in Sicht.

Auch in der Innenpolitik ist Chiang Ching-kuo bislang dem alten Kurs seines Vaters treu geblieben. Doch hat er einen völlig anderen Führungsstil als dieser. Chiang Kai-shek

regierte wie ein Kaiser mit einer geheimnisumwitterten Autorität in seinem Palast. Chiang Ching-kuo dagegen zeigt sich gern als "Mann des Volkes". Mit anderen Worten: War der Vater ein Oberbefehlshaber, so ist der Sohn ein Agitator. Er begibt sich häufig zu den Volksmassen. Fast täglich kann man in den taiwanischen Zeitungen Photos von dem Ministerpräsidenten sehen, wie er - im Pullover oder Sportheim - mit einer Hausfrau vor einem Bauernhof oder mit einem kleinen Händler auf der Straße spricht. Mit den Journalisten pflegt er fröhliche Unterhaltungen, und auch im Parlament gab er ab und zu humorvolle Geschichten oder politische Witze zum besten.

Im politischen Entscheidungsprozeß ist er pragmatischer als sein Vater. Doch waren die Maßnahmen, die er zur Unterdrückung politischer Gegner getroffen hat, noch härter als bei Chiang Kai-shek. Zu dessen Zeiten wurden Dissidenten allgemein für 8-12 Jahre ins Gefängnis geschickt, während die "Rebellen", die für Taiwans Unabhängigkeit oder für Verhandlungen mit Peking geworben hatten, in den letzten Jahren fast immer die höchste Freiheitsstrafe, nämlich lebenslänglich, erhielten (6). Erst seit 1977 haben die Wahlurakte unter dem Druck der Menschenrechtspolitik des amerikanischen Präsidenten Carter merklich nachgelassen. Dies zeigte sich deutlich zum Beispiel beim Prozeß gegen Wang Hsing-nan im Januar 1977. Dieser hatte am Nationalfeiertag der Republik China 1976 mehrere Sprengstoffpakete an prominente Politiker gesandt, wobei der Provinzgouverneur eine schwere Verletzung an der linken Hand erlitten haben soll. Ein weiteres Beispiel war der Prozeß gegen sieben Jugendliche, die wegen angeblicher Gründung einer "Volksbefreiungsfront" im Januar 1978 vor das Militärgericht des Garnisonshauptquartiers von Taiwan gestellt wurden. Zu diesen Prozesen wurden die nächsten Angehörigen der Angeklagten, einige Journalisten sowie Vertreter der US-Botschaft in Taipei als Beobachter zugelassen (7). Vor allem wurde bei den letzten Kommunalwahlen die Wahl zahlreicher einheimischer und parteiunabhängiger Politiker geduldet. Noch vor zwei Jahren waren bei der Wahl der "zusätzlichen Abgeordneten" für das Gesetzgebungshaus mehrere der Regierung nicht genehme Kandidaten und deren Mitarbeiter wegen ihrer kritischen Reden im Wahlkampf verhaftet worden. Massive Wahlmanipulationen und Stimmenfälschungen wurden damals der KMT ebenfalls vorgeworfen (8).

Weiter hat Chiang Ching-kuo - im Unterschied zu seinem Vater - zahlreiche junge Technokraten und einheimische Persönlichkeiten zur Regierung herangezogen. Im jetzigen Kabinett sind acht der insgesamt 24 Mitglieder Taiwanesen: der stellvertretende Ministerpräsident, der Innenminister, der Verkehrsminister und fünf Minister ohne Geschäftsbereich. Diese Aufteilung entspricht zwar immer noch nicht dem Bevölkerungsanteil der Einheimischen, aber die Zentralregierung ist im Vergleich zu früher kein reiner Monopolbetrieb der Festlandschinesen mehr. Überdies hat Chiang Ching-kuo erstmals einen Taiwanesen - Hsieh Tung-min - zum Provinzgouverneur ernannt, und dieser wurde wiederum durch Chiang zum stellvertretenden Staatspräsidenten nominiert und dann gewählt.

Nach der Verfassung der Republik China von 1947 ist der Ministerpräsident der eigentliche Regierungschef, der dem Gesetzgebungshaus (Parlament) gegenüber die politische Verantwortung trägt (Art.57). Der Staatspräsident ist eher Inhaber eines nominellen Amtes und hat vorwiegend repräsentative Aufgaben. Doch war die Macht der nationalchinesischen Regierung früher immer an die Person Chiang Kai-sheks gebunden. In der Praxis war er sowohl Staatsoberhaupt als auch Regierungschef. Als er 1949 von seinem Amt zurückgetreten war, gab es zwischen dem damals amtierenden Präsidenten Li Tsung-jen und dem Kabinett Reibungen wegen der Machtbefugnisse. Seit dem Tod Chiang Kai-sheks im Jahre 1975 hat sich sein Nachfolger, Präsident Yen Chia-kan, mit der nominellen Rolle des Staatsoberhauptes zufriedengegeben, während die Regierungsgewalt dem Ministerpräsidenten Chiang Ching-kuo zufiel. Ganz sicher wird Chiang Ching-kuo wie sein Vater ein starker Präsident sein.

Bei jedem Alleinherrscher oder großen Führer gibt es Nachfolgeprobleme. In Taiwan schlagen zur Zeit die Spekulationen über den Nachfolger des 68jährigen gewählten Präsidenten Chiang Ching-kuo bereits hohe Wellen. Viele halten offenbar den gewählten Vizepräsidenten Hsieh Tung-min nicht für den richtigen Nachfolger. Um seine Kandidatur durchzusetzen, hatte Hsieh zunächst unter den insgesamt 1219 Abgeordneten 1045 Unterschriften gesammelt, bekam aber bei der Wahl nur 941 Stimmen. (Chiang Ching-kuo hatte für den Antrag auf seine Kandidatur 1196 Unterschriften, bei der Wahl 1184 Stimmen auf sich vereinigt!) (9).

Einige Angaben zur Person Hsiehs: Er wurde im Januar 1907 in Taiwan geboren. Im Alter von 18 Jahren ging er 1925 über Japan nach Shanghai. In Canton studierte er an der der KMT gehörenden Sun Yat-sen-Universität und trat schon damals in die KMT ein. Erst nach dem Sieg über Japan kehrte Hsieh wieder in die taiwanesishe Heimat zurück. Seine Frau stammt aus Canton. Mit ihm als Nachfolger beabsichtigt Chiang Ching-kuo offenbar, einen politischen Kompromiß zwischen den "einheimischen" und den vom Festland stammenden Einwohnern Taiwans zu bauen. Die Mitglieder der Unabhängigkeitsbewegung, die auf Hsieh das oben erwähnte Attentat verübt haben, betrachten ihn allerdings als "halben" Festländer oder "Kollaborateur" der KMT. Die Festländer ihrerseits, die - soweit sie der älteren Generation angehören - immer noch an eine Rückkehr in ihre Heimat denken, lehnen die Politik der "Taiwanisierung" ab und wollen keinen Taiwanesen als zukünftigen Staatspräsidenten sehen. Dies ist wahrscheinlich auch der Grund, warum diejenigen Abgeordneten, die zunächst Hsieh Tung-mins Kandidatur mit ihren Unterschriften unterstützten, bei der geheimen Wahl nicht für ihn abstimmten. Die Abgeordneten der Nationalversammlung wurden zum großen Teil vor 30 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählt und haben jetzt ein Durchschnittsalter von 70 Jahren.

Die Nominierung Hsiehs für die Wahl zum stellvertretenden Präsidenten durch Chiang Ching-kuo war daher ursprünglich nicht allgemein erwartet worden. Nun wünschte man in der Presse von Taiwan nach der Präsidentenwahl, daß der

gewählte Präsident nach seinem Amtsantritt einen jüngeren, tatkräftigen und verantwortungsvollen Ministerpräsidenten ernennen würde (10). Zur Zeit Chiang Kai-sheks waren die Ämter des Vizepräsidenten und des Ministerpräsidenten zweimal - und zwar auf längere Zeit - in Personalunion miteinander verbunden. 1954-1963 hatte Ch'en Ch'eng und 1966-1972 Yen Chia-kan beide Ämter inne. (Chen übergab 1963 - zwei Jahre vor seinem Tod - wegen einer schweren Erkrankung - das Amt des Ministerpräsidenten an Yen, und 1972 übernahm Chiang Ching-kuo, wie bereits erwähnt, dieses Amt von Yen). Nach dieser Tradition wird auch Chiang Ching-kuo sehr wahrscheinlich den gewählten Vizepräsidenten Hsieh zum Ministerpräsidenten ernennen. Hsieh, der drei Jahre älter als Chiang ist, gilt - ebenso wie der ausscheidende Präsident Yen Chia-kan - als farbloser Politiker. Aber auch wenn der zukünftige Ministerpräsident anders als Hsieh heißen sollte, bleibt die Frage, ob er sich im Schatten des Personenkults von Chiang Ching-kuo als Präsident überhaupt wird profilieren können. Die Wahl Chiang Ching-kuos hat die Nachfolgefrage in Taiwan eher erschwert als erleichtert. Sie hat die politische Konstruktion der Verfassung von 1947 erneut in Frage gestellt.

- 1) SpCk 1978/Nr.17, S.2-3; LH 22.u.24.3.1978; CJ 22.-23.3.1978
- 2) Zur Biographie Chiang Ching-kuos s. Howard L.Boorman, (Ed.), "Biographical Dictionary of Republic of China", New York and London, 1967, Vol.1, S.306-312; Tsao Chü-jen, "Chiang Ching-kuo Lun" (Kommentar zu Chiang Ching-kuo), Hongkong 1954
- 3) Vgl. dazu Yu-Hsi Nieh, "Taiwan nach Chiang Kai-sheks Tod", C.a. Mai 1975, S.228; kürzlich wurden geheime Verhandlungen zwischen Taiwan und Moskau aus Wien gemeldet, s. New York Times 1.4.78, zitiert nach TK 2.4.78
- 4) FCW 1978/Nr.3, S.4
- 5) Ebenda
- 6) Vgl. C.a. 1976, S.76 Ü 54; S.328, Ü52; S.590, Ü 54; S.678, Ü58; 1978, S.18, Ü 58
- 7) Vgl. FEER 18.2.1977 u.27.1.1978
- 8) Vgl. Anm.6, C.a.1976, S.19, Ü 64
- 9) CJ 18.-22.3.1978
- 10) Vgl. Leitartikel von LH 25.3.1978 unter dem Titel "Zur Auswahl des Ministerpräsidenten im jetzigen Moment"; Kao Hsi-chün, "Offene Diskussion über die Auswahl des neuen Kabinettschefs", LH 23.3.1978; Teng Hsiang-yü, "Ein Rat für den neuen Präsidenten zur Auswahl des neuen Kabinettschefs", LH 24.3.1978; Chou T'ien-jui, "Vorschläge des T'ao Po-chuan zu den Staatsangelegenheiten", SpCk, 2.4.1978, S.6